

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
9. Juni 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zunten), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die neuen Steuern. — Bevölkerungsprobleme. Von Hans Fehlinger.
— Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau.
Von H. F.
Notizenteil: Für den Frieden. — Frauenarbeit. — Sozialistische
Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Soziale
Fürsorge. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Die neuen Steuern.

Zu der von den bürgerlichen Parteien beliebten „Steuer-
macherei“ schreibt der „Vorwärts“ unter anderem:

„Die böseartigste der geplanten indirekten Steuern, die
Quittungssteuer, ist in der Kommission umgemodelt worden
in eine Umsatzsteuer, die zwar etwas weniger schikanös
ist, weil das Publikum nicht bei jedem Kauf durch Stempel-
markenpapperei sekkert wird, aber um so drückender, weil
die Sätze recht hoch sind. Nach dem vorliegenden, allerdings
noch nicht ganz sicheren Text sollen die Warenumsätze mit
10 Pf. für jede 100 Mk. besteuert werden, also mit eins pro
Tausend. Da aber die Waren in der Regel einer ganzen Reihe
von Kaufverträgen unterworfen werden, ehe aus dem Roh-
stoff das Produkt entsteht und dieses auf dem Wege des Zwi-
schenhandels an den Verbraucher gelangt, so handelt es sich
in Wirklichkeit um eine Besteuerung der Produkte, alle not-
wendigen Gebrauchsgüter eingeschlossen, mit einer Steuer
von mehr als 1 Prozent des Wertes. Daß die Steuer ab-
gewälzt wird, darüber besteht kein Zweifel, daß bei
dieser Abwälzung die Konsumentenmassen schließlich ein Vielfaches der Steuer zahlen
werden, auch nicht. Produzenten und Händler dürften von
dieser Steuerplackerei nicht gerade erbaut sein, aber die Aus-
sicht einer so erfolgreichen Abwälzung dürfte sie mit der
Steuer ausjöhnen.

Ganz besonders fällt ins Gewicht, daß die Steuer ein-
geführt wird in einer Periode sprunghaft steigender Waren-
preise, wo alles, was der Preistreiberlei Vorschub leistet, ver-
nünftigerweise hätte vermieden werden müssen. Dafür scheint
man indessen kein Verständnis zu haben.

Die Herren Volksvertreter der bürgerlichen Parteien, die
doch stets ein so warmes Herz für den Mittelstand haben,
lassen sich offenbar auch nicht von der Erwägung beeinflussen,
daß bei der allgemeinen Tendenz zur Verteuerung der
Waren unter den gegebenen Verhältnissen, beim Bestehen
der Kartelle, Konventionen und Trusts, schließlich die
„kleinen Leute“ unter den Gewerbetreibenden die ersten Opfer sein dürften. Es dürfte nämlich
die Steuer ein weiterer Anstoß sein für die Betriebskonzent-
ration. Die Ware eines Unternehmens nämlich, das über
eigene Rohstoffe und andere Produktionsmittel verfügt, sie
also nicht zu kaufen braucht, das das fertige Produkt direkt an
die Verbraucher liefert, ist eben mit weniger Umsatzsteuer be-
lastet, als die Ware, die durch Duzende Hände während ihres
Entstehungs- und Verkaufsprozesses läuft.

Auch das ist von Interesse, daß der Reichstag in
seiner Bewilligungsfreudigkeit offenbar
der Regierung mehr gibt, als sie verlangte.
Denn obwohl man gar keine Unterlagen zur Beurteilung des
Ertrags der Umsatzsteuer hat, ist doch wohl anzunehmen, daß
sie allein mehr als eine halbe Milliarde abwerfen dürfte, wäh-
rend die Regierung aus sämtlichen Steuern nicht mehr her-
auszuschlagen wollte.

Das Glanzstück des Kompromisses ist die Kriegs-
gewinnsteuer, die in der Dunkelkammer sich in eine
Kriegsgewinn- und -verluststeuer verwandelt hat.

Der ursprüngliche Plan ging dahin, die Kriegsge-
winne zu besteuern, wobei man allgemein an eine scharfe
Heranziehung jener Gewinne dachte, die von den braven
Kriegslieferanten, Warenvertretern und sonstigen Rug-
niehern der „großen Zeit“ erzielt wurden. Dann wurde der
Gedanke in die Debatte geworfen, den Wehrbeitrag er-
neut zu erheben. Davor schreckten indessen die Gegner der
direkten Reichssteuern entsetzt zurück: wenn der „einmalige“
Wehrbeitrag jetzt zum zweitenmal erhoben werde, so hörte
er offenbar auf, einmalig zu sein, und der Weg zu einer
Reichsvermögenssteuer war gebahnt. Deshalb wurde dieser
Plan von den Konservativen und dem Zentrum abgelehnt.
Dafür soll aber jeder Vermögenszuwachs während des
Krieges versteuert werden, ja es soll das Vermögen auch dann
herangezogen werden, wenn Vermögensverlust entstanden ist,
sobald dieser Verlust nicht 10 Prozent des Vermögens erreicht.

Es ist vollkommen klar, daß bei einer Steuer in dieser
Form von einer Kriegsgewinnsteuer, wie sie das Gerechtig-
keitsgefühl des Volkes forderte, gar keine Rede mehr sein
kann. Im Gegenteile, es wird ganz sicher als schreiende Un-
gerechtigkeit empfunden werden, wenn die kleinen Spa-
rer oder kleinen Gewerbetreibenden selbst dann
zu der Steuer herangezogen werden, wenn sie durch den Krieg
ein paar tausend Mark an Vermögen eingebüßt haben...
Für eine derartige Verdrehung des ursprünglich gesunden
Gedankens der Kriegsgewinnsteuer gibt es nur eine Er-
klärung: es wollten offenbar die Urheber
dieses Planes den Volksmassen die Kriegs-
gewinnsteuer vereiteln.

Nun wird es freilich Leute geben, die trotz dieser tollen
Konsequenzen das Gesetz begrüßen werden, weil es halt eine
direkte Steuer bringt, eine Steuer, die die Besitzenden trifft.
Da ist jedoch zu bemerken, daß es sich nicht um einen Schritt
vortwärts auf der Bahn der Einführung direkter Reichs-
steuern handelt, sondern im Gegenteile durch
dieses Gesetz jene Bahn von neuem verram-
melt wird.

Es handelt sich ja, wie ausdrücklich betont wird, um eine
einmalige Abgabe, nicht um eine fortlaufend vom Ver-
mögen zu entrichtende Steuer... Indem man jetzt durch
die Verballhornung des Gedankens der Kriegsgewinnsteuer
jeden vernünftigen Ansat dazu beseitigt und sich mit der
einmaligen Abgabe begnügt, erschwert man die Reform. Das

dürfte der Sinn der Winkelzüge sein, die die Kompromißler anstellten. Man hofft offenbar auf solche Weise, durch die schreiende Ungerechtigkeit dieser Steuer weite Kreise kopfschütteln zu machen, das Prinzip der direkten Besteuerung zu diskreditieren.

Der Plan scheint indessen denn doch überschlaun und dürfte deshalb nicht gelingen. Zwar ist es jetzt in der Kriegszeit leicht, die Massen irrezuführen, da es unmöglich ist, in Volksversammlungen und in der Presse das ganze Treiben nach Gebühr zu beleuchten. Aber sobald gesunden Sinn dürften die Volksmassen und vor allem die Arbeiterschaft sich doch bewahrt haben, um zu erkennen, daß das ganze Nachwerk darauf hinausläuft, dem Volke dauernd eine enorme Last indirekter Steuern aufzubürden, während man den Besitz einmalig zu einer Abgabe heranzieht, zu einer Abgabe, die schreiende Ungerechtigkeit in sich schließt.

Soweit der „Vorwärts“. Zu derselben Frage äußert sich die „Bremer Bürgerzeitung“:

„Das Schlimmste an den neuen Steuergesetzen ist, daß sie wieder ungeheure und dauernde Lasten an indirekten Steuern bringen. Die schönen Träume gewisser Sozialdemokraten haben sich in Schäume verwandelt, wie das vorauszusehen war. Man sollte nun meinen, für die Sozialdemokratie gäbe es unter den jetzigen Umständen, die für sie so wenig rühmlich sich gestalteten, nur eines: Ablehnung der ganzen Steuergesetze. Dazu kann man sich aber offenbar nicht aufschwingen. Die indirekten Steuern will die alte Fraktion ablehnen, für die Besitzsteuern aber will sie stimmen, wie wir's im „Hamburger Echo“ und in der „Schwäbischen Tagwacht“ lesen. Dabei kommt selbst die „Chemnitzer Volksstimme“ zu folgendem Schluß: „Die Kriegsgewinnsteuer, die wir absichtlich so hoch (auf 1 Milliarde. Red.) geschätzt haben, wie sie ganz gewiß nicht werden wird, ist in dieser Form nur der Vorspann für die ganze Last der indirekten Steuern, und das ganze Steuerwerk wird damit für die Sozialdemokratie unannehmbar.“ Die „Chemnitzer Volksstimme“ ahnt da ganz richtig, wie die Massen die Steuerpolitik der sozialdemokratischen Parlamentarier, die die Mehrheitspolitik vertreten, beurteilen wird. Sie möchte deshalb vorbeugen. Vergebliches Bemühen! Wie wird's übrigens mit der Abstimmung über den Reichsetat werden? Wird man ihm wieder zustimmen? Trotz der indirekten Steuern? Vielleicht wegen der 10 Milliarden Mark neuer Kriegskredite, die todsicher abermals neue indirekte Steuern erfordern werden?“

Neben die Frage, ob direkte oder indirekte Steuer, tritt, wie die Dinge liegen, noch eine andere in den Vordergrund: die nach dem Zweck der Steuer. Ihr Zweck ist, die Fortführung des Krieges zu ermöglichen. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu diesem Zweck bestimmt auch das größere oder geringere Maß des Widerstandes gegen die völkerschädigenden Tendenzen im Steuerkompromiß. Eine Fraktion, die die Kriegskredite bewilligt und unter allen Umständen durchhalten will, kann zwar mehr oder minder schneidig gegen diese oder jene Steuerform Attade reiten, sie muß sich aber letzten Endes doch der bürgerlichen Mehrheit fügen. Für eine Fraktion aber, die den Krieg grundsätzlich zu bekämpfen erklärt, die auf internationalem sozialistischen Boden steht, ist der Steuerzweck nicht minder ausschlaggebend wie die Steuerart. Sie wird in den Verhandlungen und Kommissionen, aber auch in der Öffentlichkeit, soweit das unter dem Belagerungszustand möglich ist, keine Gelegenheit entschlüpfen lassen, um durch Kritik und positive Vorschläge für direkte Besteuerung einzutreten. Sie wird aber den Zweck der Steuer letzten Endes maßgebend machen müssen für ihre Bewilligung oder Ablehnung. Sie würde sonst ihr grundsätzliches Eintreten für den Frieden zur bloßen Farce, zu einer rednerischen Übung erniedrigen. An der Haltung zur Steuerfrage wird es sich zeigen, ob zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und der So-

zialistischen Arbeitsgemeinschaft ein grundsätzlicher Unterschied besteht oder ob es wirklich nur Fragen der augenblicklichen Taktik sind, die zur Spaltung führten, wie die Erklärung zur Kreditablehnung im Dezember 1915 vermuten läßt.

Bevölkerungsprobleme.

Von Hans Fehlinger.

Schon vor dem Kriege hat die Frage der Volksvermehrung vielen Volkswirtschaftlern schwere Sorge bereitet. Schon lange machte sich ein Geburtenrückgang bemerkbar, der besonders in den Jahren, die dem Kriege unmittelbar vorausgingen, sehr auffällig war. Während des Krieges ist der Geburtenausfall besonders groß geworden. Es wurde darüber bekanntlich sogar schon im Preussischen Abgeordnetenhaus gesprochen. Bisher hat der ständige Rückgang der Sterblichkeitsziffern trotz des Rückgangs der Geburtenhäufigkeit dem Deutschen Reich noch alljährlich einen ansehnlichen Bevölkerungszuwachs gesichert. Aber, müssen wir uns fragen, werden dieselben Verhältnisse auch nach dem Kriege wieder bestehen? Der Krieg hat namentlich unter den Männern jener Altersklassen stark aufgeräumt, die in normalen Zeiten die geringste Sterblichkeit zeigen. Viele von den Männern dieser lebenskräftigsten Jahrgänge sind tot, andere sind verstümmelt, und sie kommen gewiß nur zu einem kleinen Teil für die Eheschließung und Fortpflanzung in Betracht. Auch kann man nicht erwarten, daß es der ärztlichen Kunst gelingt, eine weitere starke Verminderung der Sterblichkeitshäufigkeit herbeizuführen, ganz besonders gilt dies in Anbetracht der Tatsache, daß wirtschaftliche Not eher eine Zu- als eine Abnahme der Sterblichkeit begünstigt. Vorläufig hat die Einberufung des größeren Teils der im zeugungsfähigen Alter stehenden Männer die Geburtenziffern aller an dem Kriege beteiligten Länder sehr stark zum Sinken gebracht. Wie groß der hierdurch verursachte Geburtenausfall ist, können wir nicht angeben, da amtliche statistische Nachweisungen erst für einzelne Städte und einen verhältnismäßig kurzen Abschnitt jenes Zeitraums vorliegen, währenddessen der Einfluß des Krieges auf die Geburtenzahl zum Ausdruck kommen muß (was erst neun Monate nach Kriegsausbruch der Fall sein kann).

Wir wollen uns, um sehr bescheiden zu sein, hier auf eine ganz kurze Betrachtung der Geburtenziffern in der Reichshauptstadt Berlin und in der bayerischen Hauptstadt München beschränken.

In Berlin ging die Gesamtbevölkerung in der Kriegszeit von Ende Juli 1914 bis Ende Dezember 1915 von 2 053 302 auf 1 835 094 zurück. Während die Zahl der weiblichen Personen zunahm, nahm die Zahl der männlichen Personen um 234 747 oder rund 24 Prozent ab. Im Jahre 1914 betrug die Geburtenzahl 25 689, 1915 jedoch 19 243, das ist um 6446 oder 25,1 Prozent weniger. Die Säuglingssterblichkeit war kurz nach dem Ausbruch des Krieges besonders groß. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß damals eine umfangreiche Arbeitslosigkeit herrschte, so daß in vielen Familien die kleinen Kinder nicht richtig ernährt werden konnten; ferner kommt in Betracht, daß wahrscheinlich infolge des damals herrschenden hochgradigen Erregungszustandes der Bevölkerung zahlreiche Mütter ihre Kinder vernachlässigten.

In München wurden vom Mai bis November 1914 7122 und 1915 5213 Kinder lebend geboren. Der in diesen Monaten im Jahre 1915 gegen 1914 eingetretene Geburtenausfall beziffert sich auf 1609 oder 29 Prozent. Um wieviel die Zahl der Männer in München abnahm, ist nicht bekannt. Uneheliche Geburten sind in München besonders häufig; im Mai bis November wurden 1914 2183 und 1915 1461 gemeldet, es trat also eine Abnahme von 722 oder 33 Prozent ein. Die verhältnismäßig stärkere Abnahme der unehelichen Geburten hat wahrscheinlich ihren Grund darin, daß in den ersten Kriegsmontaten der Anteil der ledigen Männer an der Gesamtzahl der Eingetragten besonders groß war.

Die Zahl der Eheschließungen war in München — wie zweifellos auch anderwärts — im Jahre 1914 infolge der „Kriegsströmungen“ ungewöhnlich hoch. Vom Januar bis einschließlich November kamen in München 1914 6028 und 1915 3853 standesamtliche Eheschließungen vor. Auch frühere Statistiken erbringen den Beweis, daß in Kriegszeiten die Eheschließungen bedeutend abnehmen, und zwar nur in den Altersklassen, die zum Wehrdienst berufen werden. In den höheren Altersklassen nimmt die Zahl der Eheschließenden zu, und zwar beim männlichen Geschlecht erheblich mehr als beim weiblichen. Die Abnahme der Eheschließenden bedeutet selbstverständlich und nicht bloß für die Zeit des Krieges — ein weiteres Sinken der Geburtenziffern.

Gewiß, es sind Bestrebungen im Gange, die Geburtenzahl und die Ehehäufigkeit durch Eingreifen der Staatsgewalt wieder zu heben. Vorläufig durch ein sanftes Eingreifen, wie es die Einführung einer Junggefellenssteuer oder der Familienversicherung darstellt. Optimisten glauben, daß mit solchen und ähnlichen Mitteln nach dem Kriege eine ausgiebige Volksvermehrung erzielt werden wird.

Dem steht jedoch entgegen, wie Professor Grotjahn ganz richtig betont,* daß ein Krieg in unserer Zeit wirtschaftliche Schäden bringt, „die selbst bei glücklichem Ausgang unzähligen Elternpaaren gerade in den ersten Jahren nach dem Feldzug recht fühlbar werden“. Es wird diesen Eltern nahe liegen, die materiellen Einbußen durch Beschränkung der Kinderzahl wieder einzubringen. Nach früheren Kriegen, selbst noch nach 1871, konnten sie hierzu nicht Zuflucht nehmen, denn damals waren wirksame Mittel zur Verhütung der Empfängnis noch wenig bekannt; gegenwärtig aber haben weite Volksteile davon Kenntnis, und sie werden wahrscheinlich diese Kenntnis der Präventivmittel auch ausnützen. Die wirksamsten empfängnisverhütenden Mittel sind zunächst zu Heilzwecken von ärztlicher Seite verordnet worden, aber sie werden später zu Prävention verwendet, wenn auch der Gesundheitszustand der betreffenden Frau keinen Anlaß dazu bietet. Durch die obligatorische Krankenversicherung, die nun auch auf die Landbevölkerung ausgedehnt ist, werden die Präventivmittel im Laufe der nächsten Jahre bis in die entferntesten Winkel des Reiches verbreitet werden. Es ist aber falsch, wenn viele Autoren, wie zum Beispiel Professor Ratorp,** annehmen, daß die „atemoße Jagd nach Besitz, Macht und Genuß“ am meisten zur Empfängnisverhütung beiträgt und der Entstehung eines gesunden Nachwuchses entgegenwirkt. In viel höherem Maße als die Genußsucht usw. ist die Ursache das hohe Verantwortlichkeitsgefühl, das im Volke herrscht und die Eltern veranlaßt, nicht mehr Nachkommen in die Welt zu setzen, als sie mit den ihnen verfügbaren Mitteln gehörig ernähren und erziehen können. Man wird deshalb sowie aus anderen Gründen mit einem gesetzlichen Verbot dieser Mittel nicht viel erreichen.

Es ist aber nicht allein die weite Verbreitung der Präventivmittel, die einer nennenswerten Steigerung der Geburtenzahl nach dem Kriege entgegensteht. Um die wirtschaftlichen Verluste wieder gutzumachen, werden die Menschen angestrengt arbeiten müssen, weit mehr als vor dem Kriege. Je mehr Kraft jedoch die wirtschaftliche Produktion in Anspruch nimmt, desto weniger verbleibt für den Zweck der Fortpflanzung, denn die im menschlichen Körper aufgespeicherte Energiemenge ist beschränkt, sie läßt sich nicht beliebig vermehren. Das wird in Professor Sellheims Schrift über „Wirtschaftliche Produktivität und Geburtenrückgang“ (Stuttgart 1914, F. Enke) ausführlich dargelegt. Auf diese Weise, durch Herabsetzung der auf die Artvermehrung treffenden Energiemenge, kann eine wichtige Artereienschaft, die normale Zahl der Nachkommen, auf natürliche Weise in sehr kurzer Zeit geändert werden. Die zur Ausgleichung der Kriegsverluste er-

forderliche gesteigerte wirtschaftliche Tätigkeit wird ferner zur Folge haben, daß die Frauen in größerer Zahl als früher zur Arbeit herangezogen werden, und es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade die gewerbliche Arbeit der Frau auf die Geburtenzahl vermindern wirkt, teils wegen der eben erwähnten Energieaufwendung für Erwerbsarbeit, teils wird die Lohnarbeiterin durch die Schwangerschaft und die Aufzucht der Kinder in ihrem Erwerbsleben gestört. Überdies führen manche Arten der gewerblichen Arbeit zur Schädigung der Keimzellen bezw. zur Erkrankung und Schwächung der Gebärorgane und damit zur Vernichtung oder doch Beeinträchtigung der Volksvermehrung. Begünstigt wird die vermehrte Ausnützung weiblicher Arbeitskräfte nach dem Kriege auch dadurch, daß zahlreiche, vordem nicht erwerbstätig gewesene Frauen und Mädchen ihre Ernährer verloren haben und nun selbst ihren und ihrer Angehörigen Lebensunterhalt beschaffen müssen. Die Nachfrage wird also auf ein williges Angebot stoßen. (Schluß folgt.)

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die in der Gewerbeordnung enthaltenen Vorschriften über den Schutz der Arbeiterinnen, der Jugendlichen und der Kinder wurden gleich zu Anfang des Krieges durch ein Notgesetz aufgehoben. Schon damals erregte die Aufhebung der dürftigen Schutzbestimmungen die schwersten Bedenken. Da aber nur die wenigsten mit einer langen Dauer des Krieges rechneten, wurden die Einwände nirgends mit dem gebührenden Nachdruck erhoben. Auch übersah man damals noch nicht, welchen Anlauf die durch den Krieg bewirkte Steigerung der Frauen- und Jugendarbeit annehmen würde. Der Krieg dauert nun bald zwei Jahre, und kein Ende ist abzusehen. Frauen- und Jugendarbeit haben für die Wirtschaft und die Erhaltung des Staatsganzen eine ungeahnte Bedeutung erlangt. Die Reifezeit dieser Entwicklung der Dinge unter kapitalistischer Ordnung zeigt sich immer deutlicher. Die ungeschützte Arbeit von Frauen und Jugendlichen hat die schwersten Schäden für die Volksgesundheit und das Heranreifen eines tüchtigen Nachwuchses im Gefolge, sie ist eine Gefahr für die Arbeitsbedingungen, die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft. Es zeigt sich, welcher schwerer Fehler es ist, wenn die Arbeiterklasse auch nur die geringsten ihrer Errungenschaften ohne energische Verteidigung preisgibt, und sei es auch bloß auf Zeit und unter gewissen Voraussetzungen.

Es gilt, keine Zeit mehr zu verlieren, um der ziellosen Ausnützung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte entgegenzuwirken. Es sei nur hingewiesen auf die Beschäftigung von Frauen in der Schwereisenindustrie, im Bergbau, bei der Müllabfuhr, im Verkehrsgewerbe und so fort; auf die zumeist zehnstündige, häufig noch längere Arbeitszeit, auf Arbeitsbedingungen, die den sanitären Vorschriften längst nicht mehr entsprechen. Wer Ohren hat für den Schrei der Plage, wer Augen hat für den vorzeitigen Verfall blühenden Menschenlebens, der begreift, daß der verderblichen übermäßigen Ausnützung der Arbeiterinnen feste Schranken gesetzt werden müssen. Die Vertreterinnen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Frauen haben eine dringende Pflicht erfüllt, als sie ihre Stimme erhoben, um von den maßgebenden Stellen ein Eingreifen zu fordern. Die „Gleichheit“ hat bereits die Petition veröffentlicht, die Genossin Zieg und Genossin Hanna beim Reichstag eingereicht haben. Sie verlangt, daß die Schutzvorschriften der Gewerbeordnung wieder in Kraft gesetzt werden, und daß die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden beschränkt wird. An den politisch und gewerkschaftlich organisierten Frauen ist es, diese Eingabe nachdrücklich zu unterstützen. Dazu gehört, daß sie die weitesten Kreise über die Verdrängung und Dringlichkeit der erhobenen Forderung aufklären. Treffliches Material dazu finden sie in einer Broschüre von Genossin Zieg: „Die Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher.“

Es scheint, als ob man nun endlich mit der alten, schikanoßen Behandlung der Gewerkschaften durch die Behörden wenigstens in etwas austräumen wolle. Schon vor längerer Zeit hatte die Regierung das Versprechen gegeben, den Gewerkschaften mehr Bewegungsfreiheit zuzugestehen. Es sollte fortan weniger leicht sein, sie als politische Vereine zu erklären. Nun liegt die Reform des Vereinsgesetzes dem Reichstag vor. Sie ist bescheiden, ja dürftig genug. Das Vereinsgesetz soll lediglich dahin abgeändert werden, daß die Gewerkschaften nicht zu politischen Vereinen gestempelt werden dürfen, wenn sie sich

* Der Wehrbeitrag der deutschen Frau. Deutsche Kriegsschriften Nr. 17. Bonn 1915.

** Die Arbeiterchaft im neuen Deutschland. S. 198. Leipzig 1915.

mit Sozialpolitik beschäftigen. Bekanntlich schwebten gerade kurz vor Kriegsausbruch verschiedene große Prozesse, die sich darum drehten, ob die Gewerkschaften wegen angeblicher politischer Betätigung als politische Vereine erklärt werden dürften. Die vorgelegte Reform des Vereinsgesetzes würde manchen solchen Prozeß unmöglich machen, allein sie schafft immer noch keine völlig freie Bahn für das Wirken der Gewerkschaften. Sie beseitigt weder den Sprachen- und den Jugendparagrafen, noch beschränkt sie die politische Allmacht, noch sichert sie den Landproletariern und den Arbeitern und der Jugend im Verkehrsgewerbe das Koalitionsrecht. Immerhin bedeutet das wenigste, das sie gibt, eine kleine Besserung des bisherigen unhaltbaren Zustandes.

Wie geringe Neigung die Unternehmer haben „umzulernen“, geht wieder einmal aus den Verhandlungen in einer Sitzung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie hervor. In dieser Sitzung wurde unter anderem mitgeteilt, daß dem Hauptausschuß für nationale Arbeiter- und Berufsvereine (das sind die gelben Gewerkschaften) ein Unterstützungsvertrag bewilligt worden sei. An die Mitteilung wurden recht interessante Bemerkungen geknüpft, nachdem vorher die allseitige Zustimmung der Herren zu einer solchen Unterstützung festgestellt worden war. Die Unternehmer setzen große Hoffnungen auf das Zerwürfnis der Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei (das übrigens unseres Erachtens gar nicht besteht), und sie erwarten daher eine Stärkung der „werkfreundlichen“ Organisationen. Bei deren Begönnerung sei allerdings Vorsicht geboten: die Arbeiter sollen den Bauernfang nicht merken. Wie die Herrschaften im Grunde ihres Herzens um das Wohl der Arbeiter besorgt sind, geht aus einer Tatsache hervor. Es wurde als Pflicht der Unternehmerverbände gepriesen, sich ablehnen gegen die von der Regierung vorgeschlagene Änderung des Vereinsgesetzes zu verhalten. Der Scharfmachergeist ist also in der Zeit des Bürgerkriegs nur mit dünnem Schleier verhüllt, nachher wird er wieder nackt sich breit machen.

Die Süßwarenindustrie ist schwer getroffen durch die Bundesratsverordnung, wonach nur noch die Hälfte des früheren Zuckersquantums zur Fabrikation verbraucht werden darf. In dieser Industrie werden etwa 60 000 Personen beschäftigt, zu zwei Dritteln Frauen. Viele Betriebe sind ganz oder teilweise geschlossen, andere arbeiten nur tage- oder stundenweise. Die Arbeitslosigkeit nimmt daher unter den Berufsangehörigen täglich stark zu. Die Unternehmungen der Süßwarenindustrie befinden sich zum Teil in kleinen Gemeinden, die durch die Kriegszeit schon arg verschuldet sind und für eine Unterstützung der Arbeitslosen nicht viel tun können. Ein Teil der Betriebe ist in einigen Städten konzentriert, die wenig Neigung haben, auch noch die neue Bürde auf den Gemeindefiskus zu übernehmen. Die Löhne sind in der Süßwarenindustrie sehr dürftig, sie betragen vor dem Kriege im Durchschnitt für Arbeiter 22 Mk. die Woche, für Arbeiterinnen 11,40 Mk. Die Gewerkschaftsorganisation, der Verband der Bäcker, hat deshalb am Reichstag und Bundesrat eine Petition gerichtet, in der um Gewährung von Reichsmitteln zur Unterstützung der Arbeitslosen ersucht wird.

Nach erneuten Verhandlungen ist es im Baugewerbe nun doch zu einer Einigung gekommen, die von einer Konferenz der Bauarbeiter trotz vieler Einwendungen angenommen wurde. Ebenso ist im Buchbindergerbergewerbe eine Tarifverlängerung mit entsprechenden Teuerungszulagen beschlossen worden. Die Zulagen betragen pro Stunde für Arbeiter 2 bis 6 Pf., für Arbeiterinnen 3 Pf. bei einem Stundenlohn von 29 bis 35 Pf.; 2 Pf. bei einem solchen von 36 bis 38 Pf. und 1 Pf. bei 39 bis 40 Pf. Stundenlohn. Dazu kommen Kinderzulagen je nach der Anzahl der Kinder; auch die Akkordsätze wurden entsprechend erhöht.

Der Buchdruckerverband konnte am 20. Mai sein fünfzigjähriges Bestehen feiern. Die Anfänge gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Buchdrucker reichen zwar viel weiter zurück, bis in das „tolle Jahr“ 1848, 1866 aber wurde der Grundstein zur jetzigen Zentralorganisation gelegt. Diese älteste der deutschen Gewerkschaften war in früheren Jahren wegen ihrer eifrigen Tarifbestrebungen und ihres stark ausgebauten Unterstützungswesens nicht wenig bescholten worden, später betrachtete man ihre Einrichtungen als vorbildlich. Die Organisierung der Arbeitskräfte ist im Buchdruckergewerbe so gut durchgeführt — nicht zuletzt dank mancher besonders günstigen Umstände: keine Heimarbeit, keine Frauenarbeit, keine ungelernen Arbeiter —, daß vor dem Kriege 92 Prozent der Berufsangehörigen dem Verband als Mitglied angehörten. Groß sind die Kämpfe des Verbandes in früheren Jahren gewesen, bis in Folge einer straff durchgeführten Tarifvereinbarung eine stete Regelung des Arbeitsverhältnisses Platz greifen konnte.

Ungeheure Summen hat er für Unterstützungen aufgewendet, allein 49 Millionen Mark für Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Der Verband hat 11 1/2 Millionen Mark Kassenbestand. Auch er leidet schwer unter der Kriegszeit. 43 000 seiner Mitglieder wurden zum Heere eingezogen, davon sind schon 3600 als gefallen gemeldet. Am Jubiläumstag gehörten 7188 Mitglieder dem Verband über zwanzig Jahre an, 120 feierten mit ihm ihre fünfzigjährige Mitgliedschaft.

Sein fünfundschwanzigjähriges Jubiläum beging der Bauarbeiterverband. Auch diese Organisation hat sich im Laufe der Jahre zu einer Musterorganisation der deutschen Gewerkschaftsbewegung entwickelt. Im Jahre 1911 schloß sich dem damaligen Maurerverband — der Vorläufer des jetzigen Bauarbeiterverbandes —, der Verband der Bauhilfsarbeiter an, im Jahre 1912 der Verband der Stuckateure. Die beiden erstgenannten Verbände wurden 1891 gegründet. Außerst mühseliger Arbeit und langer, schwerer Kämpfe hat es bedurft, damit die Organisation festen Fuß unter den Berufsgenossen faßte und dadurch die Unternehmer zwang, mit ihrer Existenz und ihrem Wirken zu rechnen. Von den 348 413 Verbandsmitgliedern vor dem Kriege wurden 165 000 zum Heeresdienst eingezogen. Mögen beide Verbände nach Friedensschluß mit neuer Kraft und voller Zielklarheit ihre Mission im ganzen Umfang wieder aufnehmen können, ihren Berufsangehörigen zum Schutz, der gesamten deutschen Arbeiterschaft zum Vorteil. #

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Konsumvereinsbewegung hat nach den vorliegenden Berichten sich auch im Kriegsjahr 1915 gut gehalten. Die Umsatzjournale geben zwar kein richtiges Bild der Lage, weil alle wichtigeren Warenpreise gerade in dieser Zeit ungeheuer gestiegen sind und die Festsetzung von Höchstpreisen sowie die befürchtete Organisation der Warenverteilung die Konsumvereine in ihrer sonstigen Tätigkeit der Warenbeschaffung stark einengte. Daraus erklärt sich die auf den ersten Blick sonderbare Erscheinung auf die einfachste Weise: trotz starken Rückgangs der verteilten Warenmenge ist der Umsatz nach dem Geldwert noch gestiegen oder doch wenig verändert gegen das Vorjahr. Wenn man hier ein annähernd genaues Bild der einander entsprechenden Zahlen haben wollte, müßte der frühere Geldwert der Waren mit dem zu Ende des Jahres 1915 verglichen werden. Und auch dann würde der Vergleich noch kein genaues Bild ergeben, weil man auch die Preisveränderungen im Laufe des Jahres mit berücksichtigen muß. Unter diesem Gesichtswinkel sind die Zahlen, die unten über Warenverteilung und Warenerzeugung der Konsumgenossenschaftlichen Betriebe gegeben werden, zu bewerten. In Betracht kommt auch, worauf wir früher schon hinwiesen, daß die konsumkräftigsten der Mitglieder, die erwachsenen Männer, fast alle im Felde oder sonst in militärischen Diensten, also nicht zu Hause sind.

Sehr erfreulich ist, daß die Zunahme der Mitglieder auch im Berichtsjahr, während der Kriegszeit, weiter angehalten hat. Die dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine zählten am Jahresende beziehungsweise nach den Mitteilungen ihrer letzten Geschäftsberichte 1 849 434 Mitglieder oder 131 915 mehr als ein Jahr vorher. Das ist ein äußerst günstiges Resultat; es zeigt, daß weite Kreise die Bedeutung der Konsumvereine während der Kriegszeit erkennen lernten, obwohl ihre Leistungsfähigkeit gerade jetzt nicht so groß sein kann wie in normaler Zeit. Die Zahl der Vereine sank von 1109 auf 1079, eine Erscheinung, die auf die steigende Zentralisation zurückzuführen ist. Kleine Vereine vereinigen sich zu größeren oder schließen sich dem großen an. Der gesamte Umsatz im eigenen Geschäft betrug rund 493 1/2 Millionen Mark, das ist 600 000 Mark mehr als im Vorjahr. Sehr erfreulich und bezeichnend ist das starke Anwachsen der Produktion in den eigenen Betrieben: auf zirka 120 Millionen oder rund 13 1/2 Millionen Mark mehr! Vielleicht werden diese Zahlen hier und da etwas durch Kriegslieferungen beeinflusst; von ausschlaggebender Bedeutung ist das aber nicht. Davon, daß die Konsumvereine im allgemeinen sicheren Boden unter den Füßen haben, zeugt auch der Umstand, daß die Reserven um über 4 Millionen auf 29 Millionen Mark stiegen. Das gleiche Bild, das diese Zahlen des Zentralverbandes geben, zeigt sich auch in den einzelnen neun Unterverbänden; die geringste Zunahme an Mitgliedern (3600) weist der württembergische auf.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine fehlte knapp 153 Millionen um, also rund 4 1/2 Millionen Mark weniger als im Vorjahr. In diesem Rückgang — trotz hoher Warenpreise — drückt sich die stark verringerte Möglichkeit

aus, Waren zu beschaffen, dafür werden einige interessante Beispiele im Geschäftsbericht angeführt. So gibt der Mangel an Petroleum allein einen Ausfall von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark, der Ausfall des Bezugs von Eiern der Hamburger Genossenschaft über 1,3 Millionen Mark! Durch die Einkaufsvereinigungen wurden zirkel 14 $\frac{1}{2}$ Millionen weniger umgesetzt. Sehr zu leiden hatten auch die technischen Eigenbetriebe der Gesellschaft, besonders die zwei Seifen- und die Tabakfabriken. Die Rohstoffe für Seifen stiegen ungeheuerlich im Preise und waren schließlich zum Teil überhaupt nicht mehr zu haben. Hier nur einige Beispiele. Leinöl stieg von Juli 1914 bis Ende 1915 von 40 auf 385 Mark, Palmöl von 56 auf 326. Man beachte die charakteristische Tatsache, daß das im Inland erzeugte Leinöl viel mehr im Preise gesteigert wurde als das Palmöl! Die Folge der Verteuerung der Rohstoffe war natürlich, wie alle Hausfrauen ja selbst nur zu sehr verspüren, eine starke Steigerung der fertigen Seife. So stieg die vielbegehrte Sparkerseife von 62 auf 229 Mark. Inzwischen sind diese Verhältnisse noch weit schlimmer geworden.

Auch die Produktionsbetriebe der Gesellschaft wie die der einzelnen Vereine erhöhten trotz alledem — man kann auch sagen gerade deswegen — den Umsatz wesentlich. Sie betreibt sieben verschiedene Gruppen von Fabriken, in denen für 18 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark Waren hergestellt wurden, ungefähr 8 Millionen mehr als das Jahr vorher. Außerdem wurden für 7 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark Waren von anderen Betrieben der Genossenschaften des Zentralverbandes bezogen. — An Gehältern und Löhnen waren 2 735 000 Mark zu zahlen (spezialisierte Angaben, wie es die meisten großen Konsumvereine tun, macht der Bericht darüber leider nicht), für Kriegsunterstützung waren bis Ende 1915 insgesamt 511 000 Mark ausgegeben. In bezug auf die Zahl der beschäftigten Personen hat sich das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen direkt umgekehrt: 1915 899 männliche und 1116 weibliche, 1914 1114 und 870. Über 200 Stellen mehr als früher mußten also durch weibliches Personal besetzt werden.

Der Konsum-, Spar- und Bauverein „Produktion“ in Hamburg hat im Jahre 1915 die Zahl seiner Mitglieder um 9299 auf 83 627 erhöht. Im Geschäftsbericht wird darüber gesagt, daß die Aufnahme neuer Mitglieder (über 14 000!) seit Bestehen des Vereins noch nie so groß war wie im verfloffenen Jahre. Der Umsatz stieg um 6,6 Millionen auf rund 31,3 Millionen Mark. Die Genossenschaft beschäftigte 1308 Personen, darunter 205 in der Fleischerei. Die Waren wurden in 204 Läden — darunter 81 für Fleischwaren — an die Mitglieder abgegeben. Eigenartig im Vergleich mit anderen Konsumvereinen berührt die große Zahl der Mitglieder, die nichts in der Genossenschaft kaufen; sie beträgt noch immer 33 Prozent. Also nahezu ein Drittel! Zu welchem Zwecke gehören denn eigentlich diese 28 000 dem Verein an? Wollen sie dort nur sparen („Sparverein“) oder nur Wohnung sich verschaffen („Bauverein“)? Die sonst nirgends in diesem Umfang anzutreffende Tatsache muß jedenfalls in besonders gearbeteten Verhältnissen ihre Ursache haben, denn sie besteht seit Gründung des Vereins. Die Prozentziffer der Nichtkäufer hat fast gleichen Schritt gehalten mit der enormen Vermehrung der Mitglieder! Im ersten Geschäftsjahr 1899 befanden sich unter den 2859 Mitgliedern der eben gegründeten Genossenschaft 33 Prozent Nichtkäufer. — Die Rückvergütung an die Mitglieder ist auf 4 Prozent bemessen gegen 6 im vorigen Jahre.

Die Tagungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der Großeinkaufs- und der Verlagsgesellschaft werden in der Woche vom 19. Juni ab in Hannover abgehalten. Auf dem Genossenschaftstag soll unter anderem über die Errichtung einer Arbeitsvereinigung mit den Gewerkschaften wegen Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben verhandelt werden. Im übrigen sind die Verhandlungsgegenstände fast nur geschäftlicher Art. — In der letzten Halbjahrsversammlung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz wurde festgestellt, daß seit Kriegsausbruch zirkel 12 000 neue Mitglieder dem Verein beigetreten sind. Der Geschäftsführer klagte in seinem Bericht sehr über die großen Schwierigkeiten der Warenbeschaffung. — Die Tagespresse hat darüber berichtet, daß man im Reichstag mit der Schaffung einer allgemeinen Umsatzsteuer an Stelle der Quittungssteuer schwanger geht. Diese Steuer würde in ihrer Wirkung eine weitere Belastung der Verbraucher bedeuten. Es wäre wirklich der Gipfel, wenn sich dafür jetzt eine Mehrheit fände.

Der Allgemeine Konsumverein in Basel, dessen Bedeutung wir in der letzten Rundschau erst würdigten, hat im Jahre 1915 einen Umsatz von 26 $\frac{1}{2}$ Millionen Franken zu verzeichnen mit keinem Rückgang gegen das Vorjahr. Diese Ver-

minderung ist durch die Abnahme des auswärtigen Verkehrs des großen Schlächtereigenschafts verursacht, dessen Gesamtumsatz um rund 1 Million Franken zurückging, ein Beweis dafür, daß die Arbeiter in empfindlichem Maße den Fleischkonsum aufgeben oder doch stark einschränken mußten. Der erzielte Reingewinn beträgt 1 887 107 Franken. Die Mitglieder erhalten eine Rückvergütung von 8 Prozent. Die Zahl der Mitglieder stieg um 608 auf 37 452. — In französisch-schweizerischen Blättern wurde behauptet, der Verband Schweizer Konsumvereine habe deutsche Kriegsleihe gezeichnet. Das hat bei den Konsumvereinsmitgliedern der französischen Schweiz großen Anwillen hervorgerufen. Die Notiz ist aber falsch gewesen. Der Verband teilt mit, daß er keine deutsche Kriegsleihe gezeichnet, sondern nur Geld in anderen deutschen Staatspapieren angelegt habe. Diese Papiere seien jedoch verkauft worden. H. F.

Notizenteil.

Für den Frieden.

Wirkungen der zweiten Zimmerwalder Konferenz in Frankreich. Nach einer Meldung der „Kreuzzeitung“ soll sich nun auch in Frankreich eine Spaltung in der sozialistischen Kammerfraktion vorbereiten. Der Abgeordnete Brizon, der an der zweiten Zimmerwalder Konferenz teilgenommen hat, soll nämlich mit etwa 30 bis 40 anderen Mitgliedern der Fraktion eine eigene unabhängige Gruppe bilden wollen, um die Herbeiführung eines für sein Vaterland ehrenhaften Kriegsendes betreiben zu können. Diese Nachricht ist noch nicht bestätigt, dagegen berichtet die „Bosjische Zeitung“ über Sturmjahren in der französischen Kammerfraktion vom 18. Mai. Als Genosse Blanc, einer der drei französischen Teilnehmer an der zweiten Zimmerwalder (Kienthaler) Konferenz die Tribüne besteigen wollte, schrien die Rechte und das Zentrum ihm zu: „Hinaus mit ihm! Reden Sie in Kienthal, aber nicht hier!“ Es kam zu Tätlichkeiten, da die Sozialisten sich ihres Genossen energisch annahmen. Der Präsident konnte erst nach langer Zeit die Ruhe wiederherstellen. — Es scheint, daß wer sich ehrlich zum internationalen Sozialismus bekennt, in allen Ländern gleichmäßig den Anpöbelungen einer Mehrheit ausgesetzt ist, die nicht einmal die elementarsten Gebote der Bildung und der Achtung vor dem Rechte des Volksvertreters berücksichtigt.

Der französische Parteivorstand hat die drei Teilnehmer an der zweiten Zimmerwalder Konferenz, die Genossen Brizon, Blanc und Raffin-Dugens zur Verantwortung vorgeladen. Der Verwaltungsausschuß der französischen Partei hat in der „Humanité“ eine Erklärung veröffentlicht, in der er ausdrücklich feststellen zu müssen glaubt, daß er keinem der drei Vertreter ein Mandat gab. Brizon hat darauf im „Populaire du Centre“ wie folgt geantwortet:

„Wenn Ihr mir wegen Mangel an Disziplin den Prozeß machen wollt, so wird es mir nicht schwer werden, nachzuweisen, daß die Disziplinlosigkeit nicht bei mir, sondern bei Euch ist. Wenn ich nach Kienthal gegangen bin, so ist das Eure Schuld: weil Ihr Euch dem Zusammentritt des Internationalen Bureaus widersetzt habt. Und was tat ich dort? Nichts als die von Euch allen im Jahre 1908 unterschriebenen Beschlüsse der Stuttgarter Konferenz anzuwenden, die besagten: Im Falle trotzdem ein Krieg ausbrechen sollte, ist es Pflicht der Arbeiterklasse, dessen schleunigste Beendigung herbeizuführen. Ich bin in der Internationale geblieben; Ihr seid dem Nationalismus verfallen, wer ist der Schuldige? Ja, es ist richtig. Ich hatte kein offizielles Mandat, ich vertrat nur ungefähr 10 000 Familien und ungefähr 45 000 französische Sozialisten. Wir, mit all denen, die insgeheim für uns sind, waren aber nichts anderes als die wirkliche Majorität des französischen Proletariats in der sozialistischen Partei. Empfangen Sie die Versicherung meiner Gefühle für einen sofortigen und annerkenden Frieden.“

Der diesjährige Oertongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.) Englands stand, wie zu erwarten, vollkommen unter dem Zeichen der Aktion gegen den Krieg und für den Frieden. Mit erfrischender Energie und Geradheit hat sich die Partei zu den Prinzipien sozialistischer Politik bekannt und alle Konzeptionen an den sozialgefärbten Imperialismus rundweg verworfen. Die Ansprache des Vorsitzenden F. W. Jowett war eine scharfe Abrechnung mit der Regierungspolitik. Jowett wiederholte unter anderem die Anklage gegen die englische Regierung, daß die Verletzung der belgischen Neutralität für sie nur ein Vorwand zum Kriege gewesen sei. Sie sei durch geheime Verträge an die anderen im Kriege befindlichen Ententemächte gebunden gewesen. Deshalb

habe die I. L. P. jede Verantwortung für den Krieg und die Kriegspolitik der englischen Regierung abgelehnt. Die Ansprache endete mit einem Ausblick in die Zukunft und auf die Aufgabe der I. L. P., die Betätigung der Arbeiter auf die Errichtung des industriellen und internationalen Friedens in einer Welt freier Männer und Frauen hinzulenken. Das Referat über Friedensbedingungen hatte Clifford Allen. Er erklärte, der wichtige Augenblick sei gekommen für eine Krieg-dem-Kriegpropaganda. Die I. L. P. dürfe damit nicht warten, bis alle Regierungen zum Frieden bereit seien, denn das könne bis zur völligen Erschöpfung aller Länder dauern. Es wurde hierauf eine Resolution einstimmig angenommen, die die Bemühungen der sozialistischen Genossen in allen kriegsführenden Ländern herzlich begrüßt, von den Regierungen Klarstellung der Friedensbedingungen zu erlangen. Die Abgeordneten der I. L. P. werden aufgefordert, weiterhin wie bisher einen Druck auf die Regierung auszuüben, bis sie ihre Bereitschaft versichert, den Frieden durch Verhandlungen herbeizuführen. Die Konferenz forderte ferner die Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureau's, um im Hinblick auf die Friedensverhandlungen den arbeitenden Massen in den kriegsführenden wie den neutralen Ländern eine wirksame Stimme zu geben. Die Konferenz forderte zum Schluß den Nationalrat auf, eine lebhafteste Kampagne zugunsten der Beendigung des Krieges durch Friedensverhandlungen zu führen.

Bei der Frage Partei und Dienstpflicht gab es lebhafteste Debatten. Einem Teil der Delegierten war die Stellungnahme der Leitung nicht scharf genug. Sie verlangten Widerstand gegen das Dienstpflichtgesetz um jeden Preis.

Genosse Snowden erstattete den Parlamentsbericht. Demnach hat kein einziges Mitglied der Partei für das Dienstpflichtgesetz gestimmt. Mit noch größerer Schärfe werden sich mindestens sechs Siebentel der Abgeordneten gegen die neuen Vorlagen der Regierung wenden. Zwei Mitglieder der Fraktion, Clynnes und Parker, haben eine abweichende Auffassung. In der Debatte betonte MacDonald, daß diese beiden die Partei verlassen müßten, wenn der Gegensatz der Auffassung dauernd bleibe. Dasselbe müßte bei allen anderen Mitgliedern der Partei der Fall sein. Der parlamentarische Arbeiterpartei, der hätte keinen Anspruch darauf, als Sozialist betrachtet zu werden.

Eine der wichtigsten Entscheidungen des Kongresses, nicht nur für die Unabhängige Arbeiterpartei und die Gegenwart, sondern für die Zukunft der sozialistischen Internationale fiel über die von der Vermont-Gruppe eingebrachte Resolution, die Stellungnahme zum Krieg betreffend. Sie lautet:

„Diese Konferenz ist der Meinung, daß die Sozialisten aller Nationen zu vereinbaren haben, daß fernerhin die sozialistischen Parteien verweigern sollten, irgendeinen Krieg zu unterstützen, der von einer Regierung begonnen wird, was auch immer angeblich Kriegsobjekt sei, und selbst wenn der Krieg einen defensiven Charakter trage. Die Konferenz ist der Meinung, daß die I. L. P.-Delegation dahin zu beauftragen ist, diese Politik der nächsten Internationalen Sozialistischen Konferenz zur Annahme zu empfehlen.“

Diese Resolution wurde von Dr. Salter eingehend begründet. Die alte Internationale habe den einzelnen Sektionen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht auferlegt, die Regierung bei einem Verteidigungskrieg zu unterstützen. Allein es sei sehr gut, vor dem Kriege vom Verteidigungs- und Angriffskrieg zu reden, aber wenn ein Krieg begonnen habe, würde jeder Krieg zu einem Verteidigungskrieg. Die Strategen würden immer sagen, die beste Verteidigung sei der Angriff. Die Sozialisten dürften aber nicht eine besondere Politik für den Frieden und eine andere während des Krieges treiben. Was für einen Zweck habe es, im Frieden zu erklären „Arbeiter der Welt, vereinigt euch!“ und ihnen im Kriege zu sagen „Schneidet euch die Hälse ab“.

Die grundsätzlich entscheidende Resolution wurde nach einiger Debatte mit 235 gegen 8 Stimmen angenommen, also nahezu einstimmig. Der „Labour Leader“ überschreibt den Abschnitt über diese Entscheidung ihrer Tragweite stolz bewußt „Gegen alle Kriege: eine historische Entscheidung“.

Friedenskundgebungen in der Schweiz. Der schweizerische Friedensverein entfaltet zurzeit eine lebhafteste Tätigkeit. In verschiedenen Städten der Schweiz, so in Bern, Zürich, Basel wurden Friedenskundgebungen unter zahlreicher Beteiligung auch der Behörden veranstaltet. In Basel waren gegen 2000 Personen anwesend. In den Entschliessungen wird auf die allseitige Ausschichtslosigkeit der Kriegslage hingewiesen und auf die Tatsache, daß etwaige Vorteile, die für die eine oder andere Gruppe noch zu er-

ringen wären, in keinem Verhältnis zu den furchtbaren Opfern stehen. Es wird deshalb ein „Ausgleichsfrieden“ gefordert, der jeder Nation das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet, ihr Recht auf freie, friedliche ökonomische Entwicklung garantiert, zukünftig das Territorium des Landes vor Angriffskriegen sichert, die allgemeine Abrüstung gemäß internationalem Übereinkommen ermöglicht und die Grundlage zu einer umfassenden internationalen Rechtsordnung schafft. Das ist nun freilich reichlich viel verlangt von einem Friedenskongreß kapitalistischer Regierungen. Es ist ein Widerspruch in sich, wenn imperialistische Staaten sich gegenseitig die „friedliche ökonomische Entwicklung“ garantieren sollen. Gerade diese „friedliche ökonomische Entwicklung“ ist es ja gewesen, die die Mächtegruppen zum Kriege trieb und immer wieder zum Kriege treiben wird. Die bürgerliche Friedensbewegung mit ihren gutgemeinten Illusionen und Utopien darf den Proletariern den Blick nicht verschleiern für das, was innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich ist, und das, was erst durch den Kampf um den Sozialismus sich verwirklichen läßt. Immerhin ist die Tatsache dieser Friedensbewegung ein nicht zu unterschätzendes Zeichen der Zeit. Und der Wunsch, daß eine Konferenz neutraler Staaten oder ein einzelner neutraler Staat den Friedensvermittler spiele, kann die Einleitung von Friedensverhandlungen erleichtern. Nur darf man von einem so zustandegelommenen Frieden nicht Ergebnisse erwarten, die eine Wiederkehr der furchtbaren Katastrophe unmöglich machen sollen.

Petersburger Arbeiter demonstrieren für den Frieden. Erst jetzt werden Einzelheiten der kriegsfeindlichen Kundgebungen der Petersburger Arbeiter am 22. Januar bekannt, dem Jahrestag des Blutsonntags von 1905. Das Organ der Lenin-Richtung, der in Genf erscheinende „Sozialdemokrat“, veröffentlicht darüber in seiner letzten Nummer (Nr. 53 vom 13. April) folgendes: Schon Mitte Dezember begannen die Petersburger Arbeiter zu beratschlagen, was sie am 22. Januar unternehmen würden. Das Petersburger (bolschewistische) Parteikomitee empfahl den Rayonorganisationen einen eintägigen Proteststreik mit anschließender Demonstration, und zwar unter der Parole: „Nieder mit dem Krieg, es lebe die Revolution!“

Die Rayonorganisationen nahmen den Plan des Komitees an und begannen ihre Vorbereitungen zu treffen. Das Komitee gab ein besonderes Flugblatt heraus „An die Soldaten“ und ein anderes über die „Bedeutung des 22. Januar“. Das Ergebnis dieser Vorarbeit war, daß am 22. Januar, nach Angabe der Teilnehmer, zirka 100 000 Arbeiter in Petersburg streikten. An der Spitze marschierte der Wyborger Stadteil, in dem sämtliche Betriebe (mit ungefähr 40 000 Arbeitern) die Arbeit einstellten. In den übrigen Stadtteilen war der Streik nicht allgemein, weil ein Teil der organisierten Arbeiter — meist die Anhänger der Mitarbeit in den Kriegsindustrieausschüssen — gegen den Streik waren. In einigen Betrieben wurden eine Anzahl Arbeiter gemahregelt; es fanden auch Verhaftungen von Demonstranten statt, allerdings von besonderen Ausschreitungen hielt die Polizei aus Furcht vor der Erbitterung der Massen sich zurück.

Über die Kundgebungen selbst schreibt der „Sozialdemokrat“: „Während der zahlreichen Demonstrationen am 22. Januar kam es zu Begrüßungsszenen zwischen den Demonstranten und den Soldaten. So trafen die Arbeiter auf der Wyborger Chaussee mit einem Automobilzug voll Soldaten zusammen. Es kam zu einem freundschaftlichen Austausch von Begrüßungen. Als die Soldaten die roten Fahnen erblickten, entblößten sie die Köpfe und schrien „Hurra“, „Nieder mit dem Krieg“ usw.“

Am Abend des 22. Januar bewegte sich auf den Straßen Sabkanskij-Prospekt ein ungeheurer Zug von Arbeitern, Arbeiterinnen und Soldaten. Die Demonstranten sangen revolutionäre Lieder, hielten Ansprachen, schrien „Nieder mit dem Krieg“. Die Polizei verhielt sich während der ganzen Zeit reserviert und bat nur die Demonstranten „auseinanderzugehen“. Die Anwesenheit von 300 bis 400 Soldaten in der mehr als tausendköpfigen Menge wirkte auf die Polizei beruhigend; sie machte nicht nur nicht den Versuch, die Menge zu zerstreuen, sondern griff nicht einmal zu Drohungen. Die Demonstration währte über eine Stunde und nahm wegen der späten Tageszeit (11 Uhr abends) in demselben Stadtteil ein Ende.“

Frauenarbeit.

Die Heimarbeit in der Kriegszeit. Wie bekannt wird, fand kürzlich im Kriegsministerium eine Konferenz statt, die sich mit der großen Arbeitslosigkeit unter den Heimarbeiterinnen und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung beschäftigte. Man beschloß, die ausgiebigste Heranziehung dieser

Arbeitskräfte auf das eifrigste zu fördern, auch weil dadurch möglich werde, jetzt noch zurückgestellte Kriegsverwendungsfähige aus der Kriegsindustrie herauszunehmen. In der Heimarbeit könnten — so heißt es in den angenommenen Leitfäden — noch beträchtlich mehr Arbeiten als bisher ausgeführt werden. Die Lieferanten müßten durch entsprechende Bedingungen gezwungen werden, alles, was irgend möglich ist, durch Heimarbeit ausführen zu lassen. Zweckmäßig sei die Vergabe der Arbeiten an Frauenorganisationen, nicht aber an Zwischenmeister. Als in Betracht kommende Arbeiten wurden hauptsächlich genannt: Näharbeiten jeder Art, leichte Lederarbeiten jeder Art und Kleineisenarbeit.

Diese Beschlüsse sind so bedeutungsvoll, daß sie einige Bemerkungen verdienen. Woher kommt die starke Arbeitslosigkeit unter den „Heimarbeiterinnen“? Zunächst daher, daß durch die Kriegsverhältnisse gezwungen sich eine überaus große Zahl von Frauen nach „Nebenbeschäftigung“ umsieht. Bei den Kriegerfrauen und -witwen reicht die Unterstützung oder die Rente zum Lebensunterhalt nicht aus. Aber auch die Frauen der nicht zum Heeresdienst eingezogenen Männer sind gezwungen, nebenher bares Geld zu verdienen. Bei der Teuerung des Lebensbedarfs reicht der Verdienst der Männer allein nicht mehr aus. Es ist eine allgemeine Erfahrungstatsache, daß das Angebot von Heimarbeiterskräften in dem Maße wächst, in dem die Beschäftigungsmöglichkeit und die Auskömmlichkeit der Löhne der Männer sinkt. Es kommt noch dazu, daß bestimmte Berufszweige der Frauen sehr daniederlagen und daniederliegen, wie zum Beispiel die Textilindustrie. Auch die Nachfrage nach Dienstmädchen und Hausangestellten hat sehr abgenommen. Für die meisten Frauen, an die der Zwang, zu verdienen, herantritt, erscheint die Heimarbeit als Ausweg. Sie ermöglicht es ihnen, wenn auch in überlanger Arbeitszeit, ihre Hauswirtschaft und die Kinder nebenher zu versorgen. Es liegt auf der Hand, daß das Überangebot von Arbeitskräften in der Heimarbeit auf die Arbeitsverhältnisse im höchsten Grade ungünstig einwirkt. Vor allem auf die Löhne. In vielen Fällen wurden die Unerfahrenheit und Unkenntnis der mangelhaft organisierten Heimarbeiterschaft ausgenützt. Man vereinbarte Löhne, die nicht nur weit hinter den von der Militärbehörde vorgeschriebenen zurückblieben, sondern auch hinter den ortsüblichen Sähen. Es kommt leider keineswegs selten vor, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter nur die Hälfte, ja nur ein Drittel des vorgeschriebenen Lohnes erhalten. Eine Reihe von Umständen erleichtern gewissenlosen Arbeitgebern diese Ausbeutung der Arbeiterschaft. Auch die übrigen Arbeitsverhältnisse haben sich bedeutend verschlechtert. Durch überlange Arbeitszeit suchen die Frauen den gedrückten Lohn zu erhöhen. Die sanitären und hygienischen Einrichtungen der Arbeitsplätze sind zuweilen die traurigsten. Häufig ist Küche, Wohn-, Schlafzimmer und Arbeitsstätte ein und derselbe Raum.

Gerade jetzt macht sich das Fehlen gesetzlicher Schutzmaßnahmen für die Heimarbeiterinnen drückend fühlbar. Der einzige Anseh dazu ist das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911. Es ist im wesentlichen in die Form eines „Nahmengesetzes“ gekleidet, das heißt es ermächtigt Bundesrat, Landesregierungen oder Ortspolizeibehörden zur Durchführung allgemein gehaltener Bestimmungen, „Ausführungsverordnungen“ zu erlassen. Solche Verordnungen können sich auf ein ganzes Gewerbe, auf einzelne Zweige, auf größere oder kleinere Gebiete erstrecken. Diese Form wurde gewählt, um der angeblichen Verschiedenheit der Verhältnisse gerecht zu werden. Bei den Reichstagsverhandlungen hat die Sozialdemokratie bereits auf die Gefahr hingedeutet, daß die Behörden von den Befugnissen nicht Gebrauch machen und alles beim alten lassen würden. Die seither vergangene Zeit hat bewiesen, daß diese Befürchtungen nur allzu berechtigt waren. Die wichtigsten Bestimmungen stehen auch heute noch, nach über vier Jahren, nur auf dem Papier. Die hauptsächlichste Neuerung, die Fachausschüsse, sind noch nicht ins Leben getreten. Man hat mehrfach Verordnungen erlassen, welche die Zusammensetzung dieser Ausschüsse regeln (so vom 18. Juni 1914 und 27. März 1916). In der Folge ist es jetzt auch möglich, daß Arbeiterssekretäre den Ausschüssen angehören. Doch hat das alles nur theoretische Bedeutung, weil eben die Fachausschüsse selbst noch fehlen. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, Gutachten und Vorschläge abzugeben, Lohnerhebungen vorzunehmen, Tarifverträge abzuschließen usw. Nur die Vorschriften über die Lohnbücher und den Austausch von Lohnverzeichnissen sind teilweise in Kraft getreten. Von den neu durchgeführten Maßnahmen ist die Überwachung bestimmter Arbeitsstätten durch die Gewerbeinspektionen am wichtigsten. Bei den Gewerbeinspektionen sind besondere Assistentinnen angestellt worden — in Preußen jetzt im ganzen 22 —, denen diese Aufgaben obliegen sollen.

Um in der Heimarbeit die größten, durch den Krieg hervorgerufenen Mißstände zu beseitigen, haben vielfach die Militärbehörden, namentlich die Bekleidungsämter, eingegriffen. Sie förderten den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Unternehmern und den Organisationen der Heimarbeiter, Verträge, in denen Schlichtungskommissionen vorgesehen sind; sie setzten die an die Arbeiter zu zahlenden Mindestlöhne fest usw. Neuerdings ist in verschiedenen Armecorpsbezirken auch, um die Arbeitslosigkeit zu beschränken, die Arbeitszeit verkürzt worden usw.

Eine durchgreifende Befundung der Verhältnisse in der Heimarbeit ist nur möglich, wenn einschneidende gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden. Zunächst sollten, wie die Generalkommission der Gewerkschaften und andere Körperschaften jetzt petitioniert haben, die Fachausschüsse so bald als möglich in Wirkfamkeit treten. Des weiteren müßte das Hausarbeitsgesetz schleunigst verbessert und ausgestaltet werden. Es wird an der Heimarbeiterschaft liegen, der Forderung gehörigen Nachdruck zu geben und dadurch ihre Verwirklichung zu beschleunigen. Heimarbeit ist in größtem Umfang Frauenarbeit. Die Frauen müssen daher diese Maßnahme besonders beherzigen.

F. Kl.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Zu welcher Gesinnung unsere englischen Schwestern den 1. Mai begrüßt haben, davon legt in „The Labour Woman“ („Die Proletarierin“) der Artikel Ausblick Zeugnis ab. Wir geben daraus diese trefflichen Worte wieder:

„Der 1. Mai ist lange von der sozialistischen und Arbeiterbewegung der ganzen Welt mit Veranstaltungen gefeiert worden, bei denen die Hoffnung eine große Rolle gespielt hat. Dieses Jahr jedoch dümmert der 1. Mai freudlos auf. Der Krieg verwüftet noch Europa und hat sich viele Tagereisen weit nach Asien hinein erstreckt, täglich wird das mögliche Eingreifen der Vereinigten Staaten von Amerika erwogen und wirft seine Schatten voraus. Noch kämpfen die Männer, noch sterben die Männer, und unter Tränen tragen die Frauen noch Leid und arbeiten. In allen kriegsführenden Ländern und sogar in neutralen Staaten dauert die Beschränkung der Freiheiten an, die jederzeit zu den kennzeichnenden Erscheinungen des Kriegs gehört hat und gehören wird. Die Kulturwelt wird von einem Ende zu dem anderen von dem tiefen Gram zerrissen, wie er nur von Tod, Zerstörung und Unterdrückung geboren werden kann. Jedoch in keinem der betroffenen Länder — und sie sind alle betroffen, die neutralen wie die kriegsführenden — fehlt der heiße Wunsch nach Frieden. In allen brennt die Hoffnung auf baldigen Frieden mit flackernder, aber immer stärker und heller werdender Flamme. Der Friedenswille ist da... Friedensgeist atmen die sozialistischen Grüsse aus Deutschland und Österreich, die wir veröffentlichen, und gerade wegen ihres Friedensgeistes veröffentlichen. Sie enthalten aber mehr als Worte des Friedens allein. Sie bringen uns das Versprechen der ungebrochenen Loyalität und Treue der sozialistischen Proletarierinnen für die Arbeiterschaft, die die große Hoffnung für das künftige Wohl der Völker ist, die jetzt über ganz Europa hin in Schlachtreihen einander gegenüberstehen. In ihnen atmet die kommende Zeit, wo das Blutbergießen vorüber sein wird und die Arbeiter vereint die Aufgabe aufgenommen haben, in Frieden eine glückliche und blühende Weltgemeinschaft aufzubauen.“

Frauenstimmrecht.

Frauen als Kandidatinnen bei den Parlamentswahlen in Dänemark. Am 5. Juni 1915 erlangten die dänischen Frauen volles politisches Recht mit den Männern. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist früh auf den Plan getreten, um auf der neuen staatsrechtlichen Grundlage ihre grundsätzliche Auffassung von der Gleichberechtigung der Geschlechter aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Bereits im Februar des laufenden Jahres hat sie zwei Kandidatinnen für die bestehenden Parlamentswahlen ernannt. Sie hat damit allen anderen politischen Parteien ein gutes Beispiel gegeben. Die sozialdemokratischen Kandidatinnen sind die Genossinnen **Andrea Brodmann** und **Helene Berg**.

Genossin Brodmann nimmt in der Partei und in der Arbeiterbewegung Dänemarks überhaupt eine sehr angesehene Stellung ein und ist als Agitatorin und Organisatorin unermüdet tätig. Mit besonderem Eifer hat sie sich seit je der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen gewidmet. 1897 wurde Genossin Brodmann Vorsitzende des Fachvereins der Schneiderinnen von Kopenhagen, und als 1899 eine große Aussperrung die Bewegung für bessere Arbeitsbedingungen im Schneidergewerbe niederwerfen

sollte, vertrat sie die Schneiderinnen und Näherinnen bei den Verhandlungen mit den Unternehmern. Am Kampfe für volles Bürgerrecht der Frau in Gemeinde und Staat hat Genossin Brockmann einen hervorragenden Anteil genommen. Ihm hat sich Genossin Berg mit ganzer Kraft und zäher Ausdauer gewidmet. Ihre Kandidatur wird sicherlich auch viele Stimmen bürgerlicher Frauen auf sich vereinigen, die entschiedene Verfechterinnen konsequenter Demokratie und durchgreifender sozialer Reformen sind. Helene Berg, eine studierte Frau, Dr. phil., hat mit Sachkenntnis und Erfolg für Gesetze gewirkt, die der Fürsorge für Familien, Mütter und Kinder dienen. Sie bekleidet das Amt einer Inspektorin des hauswirtschaftlichen Unterrichts in Staatschulen und ist eine überzeugte Kämpferin für den Frieden. Als stellvertretendes Mitglied für Dänemark wirkt sie bei der Friedenskonferenz mit, die dank der Initiative des Amerikaners Ford in Stockholm zusammengetreten ist. Sie sprach am 21. Mai bei den großen Friedensdemonstrationen, die in Stockholm unter dem Vorsitz des Genossen Vinbhagen stattgefunden haben. Große Frauenkreise hoffen, daß beide sozialdemokratische Kandidatinnen ins Parlament gewählt werden und dort Wertvolles leisten können.

Das Wahlrecht der Frauen zum Staatsparlament von Kanada hat der Abgeordnete Bugstey gefordert, ein alter, bewährter Vorkämpfer für die politische Gleichberechtigung der Geschlechter. Allerdings machte er sich in seinem Antrag einer Halbheit schuldig. Danach sollten nämlich das Wahlrecht zum Staatsparlament nur die Frauen jener kanadischen Provinzen erhalten, in denen das weibliche Geschlecht gleichberechtigt an den Wahlen zur Provinzialvertretung teilnimmt. Der Regierungsvertreter erklärte sich deswegen, und nicht grundsätzlich, gegen den Antrag. Er machte geltend, daß es unzulässig und ungerecht sei und zu allerhand Schwierigkeiten führen würde, wenn in manchen Provinzen der Kolonie die Frauen zur Urne gehen dürften, in anderen aber nicht. Der Antrag wurde abgelehnt. Da aber seither — wie wir in letzter Nummer berichteten — die Provinz Alberta dem Beispiel der Provinz Manitoba gefolgt ist und den Frauen das Wahlrecht zum Provinzialparlament verlichen hat, und da die Provinz Saskatchewan mit der gleichen Reform demnächst folgen wird, so soll der Antrag bald auf neue im Staatsparlament eingebracht werden. Sein Erfolg scheint dann gesichert. Der Abgeordnete Bugstey trug schon vor fast dreißig Jahren in der kanadischen Provinz Neu-Braunschweig dem Kampfe für das Frauenwahlrecht das Banner voran. Die Forderung war der unterscheidende Punkt seines politischen Programms bei den Wahlen zum Provinzialparlament, und Bugstey wurde trotz der Forderung gewählt, manche behaupten gerade wegen ihr.

Die Rolle der großen Brauereien und Brennereien im Kampfe gegen das Frauenwahlrecht in den Vereinigten Staaten ist wiederholt von den Verfechtern voller politischer Gleichberechtigung für beide Geschlechter gebrandmarkt worden. Nun scheint sie auch offiziell festgestellt zu sein. Die „Philadelphia American“ schreibt: „Die Regierung hat Beweise dafür in der Hand, daß bedeutende Kapitalien der Frau- und Schnapsindustrie aufgewendet worden sind, um vergangenen Herbst die Anti-Frauenwahlrechtskampagne in New Jersey, Massachusetts, New York und Pennsylvania finanziell zu unterstützen.“ Frau Chapman-Catt, die Vorsitzende des Weltbundes für Frauenwahlrecht, hat also mit Recht im „König Alkohol“ eine der Mächte erblickt, die bei der Volksabstimmung in den vier genannten Staaten die gerechte und demokratische Reform der Verfassung verhindert haben.

Soziale Fürsorge.

Frauenforderungen und Bundesratsbeschlüsse. Der nun aus dem Amte geschiedene Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Delbrück, hat dem Reichstag eine Übersicht der vom Bundesrat gefaßten Entschlüsse auf Beschlüsse des deutschen Parlaments überreicht. Damit haben auch eine ganze Anzahl von Wünschen Beschwerden verschiedener Frauenorganisationen und Frauenforderungen vertretender Einzelpersonen ihre vorläufige Erledigung gefunden. Drei Petitionen bürgerlicher Vereinigungen forderten die Ergänzung des Militärhinterbliebenengesetzes dahingehend, daß zu den Hinterbliebenen der an den Folgen des Krieges Verstorbenen auch die unehelichen Kinder gerechnet werden. Dazu wurde beschloffen, die Versorgung der unehelichen Kinder von Kriegsteilnehmern durch eine Novelle zum Militärhinterbliebenengesetz zu regeln. Bis dahin wird durch einmalige Zuwendungen geholfen.

Der Verein Frauenwohl in Berlin hat, das Gesetz betreffend Unterstützung von Familien in den Dienst getretener Mannschaften dahin abzuändern, daß die Lage der Eltern und der ohne Schuld geschiedenen Ehefrauen verbessert wird. Darauf hat der Bundesrat der schuldlos geschiedenen Ehefrau die Unterstützung zugebilligt; dem Antrag wurde jedoch nicht entsprochen, Eltern, die mehrere Söhne im Felde haben, auch für mehrere Söhne die Kriegsunterstützung zu geben. Das ist eine große Härte in den Fällen, wo die Söhne vereint die alten Eltern unterhielten.

Der Magistrat in Lauban hat im Sinne vieler Frauen um Abänderung des Kriegsunterstützungsgesetzes 1. hinsichtlich der Lage der Bedürftigkeit, 2. der Berücksichtigung der Angehörigen von Mannschaften, die zur Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht dienen und 3. hinsichtlich der unehelichen Kinder. Der Begriff der „Bedürftigkeit“ ist bei der Gewährung der Kriegsunterstützungen von jeher ein sehr wunder Punkt gewesen, weil er oft gar zu engherzig nach den Gewohnheiten der Armenpflege ausgelegt wurde, obwohl die unablässig steigende Forderung den Beginn der Bedürftigkeit allmählich immer weiter ausdehnt. Trotzdem hat der Bundesrat dem Antrag, ohne Rücksicht auf die besondere Bedürftigkeit Familienunterstützung zu gewähren, nicht stattgegeben. Dagegen wurden die unehelichen Kinder im Sinne der Petition berücksichtigt. Zum Nachweis der Vaterschaft ist eine gerichtliche Anerkennung nicht mehr nötig. Auch ein nicht formgerechter Nachweis, zum Beispiel ein Brief, genügt jetzt als Beweis. Unerledigt blieb der zweite Punkt der Laubaner Petition, obwohl seit bald zwei Jahren ein bitter beklagter Mangel vorliegt, der schnelle Abhilfe gefordert hätte. Die Angehörigen von Mannschaften, deren aktive Dienstzeit während des Krieges eintritt, erhalten erst nach Ablauf dieser Dienstzeit eine Unterstützung. Eine Unterstützung der bedürftigen Angehörigen aller aktiv dienenden Mannschaften soll erst später in Aussicht genommen werden.

Zwei Petitionen hatten beantragt, der Gewährung von Wochenhilfe rückwirkende Kraft beizulegen und sie auf alle Frauen auszudehnen, die während des Krieges entbunden haben. Eine Rückwirkung bis auf die Zeit des Kriegsbeginns wurde vom Bundesrat nicht gewährt. Gewisse Härten, die entstehen, wenn eine arme Wöchnerin noch Schulden für Arzt, Hebamme, Arznei, Pflegerin und dergleichen hat, sollen Unterstützungen bis zur Höhe von 50 Mk. für den Einzelfall abhelfen. Im übrigen sollen die Wochenhilfe nur die minderbemittelten Wöchnerinnen erhalten, die mit dem Ehemann zusammen ein Gesamteinkommen von höchstens 2500 Mk. oder nach dessen Einberufung von 1500 Mk. und 250 Mk. für jedes schon vorhandene Kind unter 15 Jahren haben. Damit glaubt der Bundesrat „dem Bedürfnis auf Ausgestaltung der Wochenfürsorge während des Krieges ausreichend genügt zu haben“.

M. Kt.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Ein beratender Ausschuss für die steigende Verwendung weiblicher Arbeitskräfte in England ist von dem Handelsministerium und dem Ministerium des Innern geschaffen worden. Zweck der Körperschaft ist die Erteilung von Ratsschlüssen und Gutachten in Fragen, die infolge der Notwendigkeit aufstehen, die im Meer stehenden Industriearbeiter in wachsender Zahl durch Frauen zu ersetzen, damit das Wirtschaftsleben ungestört seinen Gang weitergeht. Dem Ausschuss gehören vier Frauen an.

Der Verband der Hausangestellten, Ortsgruppe Hamburg, sucht zum 1. September eine erfahrene

Geschäftsführerin

die zugleich die Kassengeschäfte übernimmt und in allen agitatorischen und schriftlichen Arbeiten bewandert ist. Schriftliche Bewerbungen sind bis 8. Juli dieses Jahres unter „Bewerbung“ an das Bureau des Verbandes, Hamburg, Besenbinderhof 57 IV zu richten.

Gehalt nach Übereinkunft.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Fegerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. D. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.